



Köln ist eine sozialdemokratische Stadt

Jürgen Roters im Gespräch

Die Kommune:

Herr Roters, seit dem 18. August sind Sie gemeinsamer OB-Kandidat der SPD und der Grünen für Köln. Hat sich ihr Leben schon verändert?

Jürgen Roters:

Der Wechsel vom „selbstständigen Berater“ zum OB-Kandidaten kam abrupt und mit großem Schwung. Konnte ich bislang vor allem meine ehrenamtlichen Aktivitäten gut über die Woche und den Monat verteilen, so bin ich jetzt in einen engen Terminkalender eingebunden. Zur Zeit stelle ich mich in allen 49 Ortsvereinen in Köln vor. Das erste Viertel habe ich bereits absolviert. Es tut mir gut, mit den Genossinnen und Genossen vor Ort zu diskutieren und ihre Sorgen und Erwartungen aufzunehmen. Gleichzeitig bin ich in Gesprächen mit den wichtigen Entscheidungsträgern in der Stadt, von der IHK über den DGB bis zu den Spitzen der Kölner Wirtschaft, den sozialen Verantwortungsträgern und der Kultur. So rundet sich das Bild von den zukünftigen Herausforderungen der Metropole Köln ab.

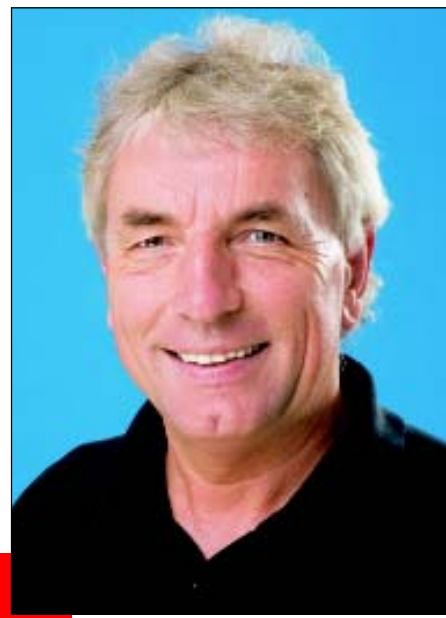
Die Kommune:

Sie sind der Kandidat von zwei „mitte-links“ Parteien. Reicht das für eine OB-Wahl?

Jürgen Roters:

Davon bin ich überzeugt. Köln ist im Grunde eine „sozialdemokratische“ Stadt. Bekannte sozialdemokratische Oberbürgermeister haben über viele Jahrzehnte die Geschichte dieser Stadt gelenkt. Daran möchte ich anknüpfen.

Die Delegiertenkonferenz unserer Partei hat mich einstimmig zu ihrem Kandidaten gewählt. Ich spüre eine große Aufbruchstimmung und den Optimismus, nach neun



zum Teil lähmenden Jahren des CDU Amtsträgers, die Stadt wieder viel deutlicher nach vorne zu bringen. Die größte Stadt unseres Landes muss wieder oben in der Champions-League spielen und nicht im Bundesliga-Mittelfeld.

Mit den Kölner Grünen sehe ich viele gemeinsame Berührungspunkte. Im Kampf um die Wählerstimmen zum Stadtrat stehen wir in Konkurrenz zu den Grünen, bei der OB-Wahl gibt es einen engen Schulterschluss.

Die Kommune:

Sie waren Regierungspräsident, Polizeipräsident und wollen Oberbürgermeister werden. Worin liegen die Unterschiede, welche Erfahrungen kommen Ihnen zu Gute?

Jürgen Roters:

Der bisherige Amtsinhaber hat keinerlei Verwaltungserfahrung für sein verantwort-

ungsvolles Amt mitgebracht. In der Politikgestaltung spürt man dies an allen Ecken und Enden. Eine Großstadt wie Köln kann nicht von einem „Amateur“ geführt werden. Der Wettbewerb der Städte untereinander und auch die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben können nur gemeistert werden, wenn klare Führungsstrukturen vorhanden sind und gemeinsame Ziele der Stadtpolitik umgesetzt werden. In meinen bisherigen Funktionen habe ich hier viel Erfahrung sammeln können. Hinzu kommt die Fähigkeit, den politischen Dialog über die Zukunft der Stadt zu organisieren und die unterschiedlichen Interessen zum Ausgleich zu bringen.

Die Kommune:

Köln ist die mit Abstand größte Stadt in NRW. Wird die Stadt dieser Rolle eigentlich gerecht oder wo müssen neue Akzente der Großstadtpolitik gesetzt werden?

Jürgen Roters:

Köln war in den letzten Jahren zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Hierzu haben auch Sozialdemokraten beigetragen. Jetzt hat sich die SPD neu aufgestellt und gestaltet im Kernbündnis mit den Grünen die Stadtentwicklung neu.

In den kommenden Jahren werden von Köln aus wieder auch bundesweit wahrgenommene Ideen und Impulse ausgehen, wie wir den großen Herausforderungen der Zukunft begegnen können. Köln hat hervorragende Potentiale, verkauft sich in der Person des OB jedoch unter Wert.

Die Kommune:

Leider gibt es in Köln eine nicht zu unterschätzende rechte Szene, die das Thema

Moscheebau instrumentalisiert. Auch die CDU tritt bei diesem Thema als Partei auf, für die Populismus bedeutender als Toleranz ist. Wie ist Ihre Position, wie wollen Sie die Kölnerinnen und Kölner dafür gewinnen?

Jürgen Roters:

Die rechte Szene ist im Vergleich zu anderen Städten nicht stärker vertreten. Allerdings ist mit der Partei „Pro Köln“ eine rechte Gruppierung ins Rampenlicht getreten, die bürgerlich daher kommt, in Wirklichkeit jedoch rassistische und rechtsextreme Gedanken vertritt. Beim kläglichen Auftritt zum so genannten Anti-Islamisierungskongress am 18. und 19. September ist das erbärmliche Gesicht dieser Partei deutlich geworden. Und die große Mehrheit der Kölner hat in den machtvollen, friedlichen Demonstrationen gezeigt, was sie von denen hält.

Der Schlingerkurs der Kölner CDU ist verantwortungslos. Es drängt sich der Eindruck auf, als wolle die CDU versuchen, am rechten Rand Wähler zu fischen. Damit schießt die CDU in Köln ein klassisches Eigentor. Die Wähler werden dies nicht vergessen.

Die Kommune:

Nennen Sie mir drei Themen, für die Sie stehen und mit denen Sie die Bevölkerung überzeugen wollen.

Jürgen Roters:

- Wirtschaftliche Dynamik und Sicherung von Arbeitsplätzen,
- Bildung für alle und Widerstand gegen die konservative Schul- und Bildungspolitik der CDU,
- sozialer Zusammenhalt der Stadtteile.

Kommunaler Klimaschutz boomt

von **Oliver Wagner** und **Dr. Kurt Berlo** (beide Wuppertal Institut)

Der Stellenwert kommunaler Klimaschutzpolitik ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Der Grund hierfür ist vor allem in zahlreichen Zielvorgaben und Beschlüssen auf nationaler und internationaler Ebene zu finden, sowie in der darauf basierenden Berichterstattung in den Massenmedien. Doch so wichtig Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene auch sein mögen, ambitionierte Klimaschutzziele sind ohne engagierte Kommunen nicht zu erreichen. Viele kommunalpolitische Entscheidungsträger haben die Zeichen der Zeit erkannt und wollen mit ihren Kommunen einen eignen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie wollen, dass Städte und Gemeinden in vielen Bereichen ihre Vor- und Leitbildfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie der örtlichen Wirtschaft wahrnehmen und mit eigenen Maßnahmen und Impulsen sowie einer vorausschauenden Energiepolitik ihrer Verantwortung für das globale Klima nachkommen.

Mit der zu Beginn des Jahres 2008 von der Bundesregierung gestarteten Klimaschutzinitiative haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen für kommunalen Klimaschutz erheblich verbessert. Ziel der Klimaschutzinitiative ist es, die Potenziale für den Klimaschutz durch die Steigerung der Energieeffizienz, der Nutzung regenerativer Energien und der dezentralen Kraft-Wärme-

Kopplung kostengünstig zu realisieren. Außerdem sollen zukunftsweisende Klimaschutztechnologien und innovative Ideen durch Modellprojekte auf kommunaler Ebene unterstützt und verbreitet werden. Dazu wurden umfangreiche Förderprogramme aufgelegt, von denen Kommunen in besonderer Weise profitieren können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat daher im Sommer 2008 die übergeordnete „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) eingerichtet. Sie dient vor allem als Service- und Beratungseinrichtung für Kommunen. Informationen zur neuen Servicestelle findet man im Internet unter www.kommunaler-klimaschutz.de. Die Beantragung von Fördermitteln aus diesem Programm ist vergleichsweise unkompliziert. Es handelt sich um ein einstufiges Antragsverfahren nach dem so genannten „easy-Projektantragsverfahren“.

Ausgelöst durch die guten Rahmenbedingungen und die gestiegenen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, dass sich kommunale Politik stärker im Bereich Klimaschutz engagieren soll, tut sich etwas in den Kommunen. Derzeit werden eine Vielzahl von Energie- und CO₂-Bilanzen erstellt, die

als Ausgangsbasis für die Erarbeitung kommunaler Klimaschutzkonzepte dienen. Manche Kommunen sind schon weiter in ihren Klimaschutzbemühungen wie folgende Beispiele zeigen: Die „Klimaschutzhauptstadt“



Münster schreibt gerade ihr Handlungs- und Maßnahmenprogramm für den Klimaschutz fort, im Rhein-Erft-Kreis wird an einer Studie für eine klimaschutzoptimierte Kreisverwaltung gearbeitet, Wuppertal beteiligt sich am Wettbewerb „Energieeffiziente Stadt“ und die Landeshauptstadt Düsseldorf erarbeitet mit Unterstützung des Wuppertal Instituts ein kommunales Förderprogramm zur Altbauanierung in Düsseldorf. Aber auch Kommunen im ländlichen Raum sind aktiv geworden: Bocholt, Burbach, Rheine, Saerbeck und Schmallenberg gewannen die erste Runde im Wett-

bewerb „NRW-Klimakommune“. Die fünf Städte und Gemeinden erhalten nun jeweils 15.000 Euro Förderung vom NRW-Umweltministerium, um ein umfassendes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept zu erarbeiten und sich damit um den Titel der NRW-Klimakommune zu bewerben. Städte, welche die vergangenen Jahre genutzt haben, den örtlichen Klimaschutz voranzubringen, können nun in besonderer Weise von den guten Förderbedingungen profitieren, da sie einen Zeit- und Know-how-Vorsprung gegenüber anderen Kommunen haben und nicht bei „Null“ anfangen müssen. Die Hessische Mittelstadt Bad Hersfeld beispielsweise hatte auf Initiative der örtlichen SPD-Fraktion das Wuppertal Institut letztes Jahr mit der Erstellung einer Energie- und CO₂-Bilanz beauftragt und anschließend ein Konzept zur CO₂-Reduzierung erstellen lassen. Die Bad Hersfelder Studie bietet nun beste Voraussetzungen für die Stadt, um die vom Bund bereitgestellten Fördermittel beantragen zu können und die in dem Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Maßnahmen Schritt für Schritt abzuwickeln. Ein entsprechender Förderantrag im Rahmen der Klimaschutzinitiative der Bundesregierung wurde bereits gestellt und die SPD-Fraktion hat umgehend beantragt, dass für die Umsetzung auch kommunale Eigenmittel in den Haushalt eingestellt werden.

CO₂ CO₂ CO₂

CO₂